



Ingrid Ruf, Klaus Katzianka und Betreuerin Maria G. vor der Kundgebung in Graz: „Zu Hause betreut zu werden kommt den Staat auch noch billiger“

Heim-Weh

Pflegekrise in der Steiermark:

Die Heime sind voll, die Kosten explodieren. Das müsste nicht sein

RECHERCHE:
GERLINDE PÖLSLER

Frau Sch. kam nur noch mit Hilfe ihres Rollators, eines Rollwägelchens, vom Fleck und hatte Diabetes. Sie konnte aber noch zu Hause leben, weil ihre Tochter sich um sie kümmerte. Morgens kam die Hauskrankenpflege, um ihr beim Frühstück und Waschen zu helfen und ihren Fuß zu verbinden, mittags sah sie noch einmal nach dem Rechten, und am Nachmittag kehrte ohnehin die Tochter von der Arbeit zurück. „Doch dann hat sich der Zustand der Frau verschlechtert“, erzählt Elisabeth Kapper-Weidinger, Krankenschwester und Einsatzleiterin der mobilen Dienste des Hilfswerks im Raum Graz: „Sie konnte sich jetzt auch mit dem Rollator nicht mehr fortbewegen, also nicht einmal mehr allein aufs Klo gehen.“ Da sah Frau Sch.s Tochter keine andere Möglichkeit mehr: Die Mutter musste in ein Pflegeheim. „Könnten wir mehrere Stunden bei einem Patienten bleiben, hätte Frau Sch. weiter zu Hause blei-

ben können“, sagt Kapper-Weidinger. Ein solches Angebot gibt es aber nicht.

Die steirische Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP), die auch für Pflege zuständig ist, hat vergangene Woche Alarm geschlagen: Der Zustrom in die Pflegeheime sei enorm gestiegen, besonders seit das Land vor zwei Jahren den Pflegeregress abgeschafft hat. Seitdem kann sich das Land die Heimkosten nicht mehr von den Angehörigen zurückholen. Nun will die Landesrätin den Regress wieder einführen und Waschen zu helfen und ihren Fuß zu verbinden, mittags sah sie noch einmal nach dem Rechten, und am Nachmittag kehrte ohnehin die Tochter von der Arbeit zurück. „Doch dann hat sich der Zustand der Frau verschlechtert“, erzählt Elisabeth Kapper-Weidinger, Krankenschwester und Einsatzleiterin der mobilen Dienste des Hilfswerks im Raum Graz: „Sie konnte sich jetzt auch mit dem Rollator nicht mehr fortbewegen, also nicht einmal mehr allein aufs Klo gehen.“ Da sah Frau Sch.s Tochter keine andere Möglichkeit mehr: Die Mutter musste in ein Pflegeheim. „Könnten wir mehrere Stunden bei einem Patienten bleiben, hätte Frau Sch. weiter zu Hause blei-

Nur: Die meisten Alten und Kranken würden ohnehin lieber zu Hause bleiben, und viele Menschen sind bereit, sich um ihre Verwandten zu kümmern. Es gibt aber zu wenige alternative Angebote, und so werden Jahr für Jahr unnötig Millionen in teure Heime gepumpt.

„Das Angebot der Hauskrankenpflege ist auf dem Stand von vor zwanzig Jahren“, sagt die steirische PatientInnen- und Pflegeombudsfrau Renate Skledar. „Sie kann maximal drei Mal am Tag zum Patienten kommen. Aber viele Angehörige müssen tagsüber arbeiten, sie bräuchten jemanden für mehrere Stunden.“ Das ist aber nicht möglich: „Wir können weder mehrere Stunden am Stück bleiben noch in der



Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) will den Regress wieder einführen – das Land kann sich demnach Heimkosten von den Angehörigen zurückholen. Vor zwei Jahren wurde der Regress abgeschafft, allerdings per Bescheid „durch die Hintertür“ wieder eingeführt. Die SPÖ legt sich noch nicht fest, ob sie für den Regress ist. **Grüne** und **KPO** lehnen ihn ab

Nacht betreuen, damit die Angehörigen einmal eine Nacht durchschlafen könnten“, seufzt Brigitte Schafarik, die bei der steirischen Volkshilfe die mobilen Dienste leitet. „Wenn die Betreuerin wieder weggeht und du musst eine Viertelstunde später aufs Klo, kannst du dir in die Hose scheißen“, bringt es der Pflege-Lobbyist Klaus Katzianka auf den Punkt.

Annemarie Gigl, die beim steirischen Roten Kreuz die mobilen Dienste aufgebaut hat, weiß ein Lied von der Misere zu singen. Sie hat selbst neben dem Beruf fünf Jahre lang ihren krebserkrankten Vater gepflegt. „Das ist aber nur gegangen, weil eine Verwandte meinem Vater das Essen gegeben hat und gekommen ist, wenn er sie zwischendurch gebraucht hat. Ich hätte zwar auch sonst alles versucht, um ihn zu Hause behalten zu können, aber mit den mobilen Diensten wäre ich nicht über die Runden gekommen.“ Gigl plädiert für einen groß angelegten Ausbau der Angebote: Bereitschaftsdienste in der Nacht, Putz- und andere Haushaltshilfen, Therapien zu Hause sowie Betreuungsmöglichkeiten für mehrere Stunden nicht nur durch Pflegepersonal, denn oft gehe es ja nur darum, dass jemand da ist.

Dass viele Angebote gar nicht existieren, ist die eine Sache – die andere ist, dass die bestehenden Dienste zu knapp sind.

Immer wieder müssen die Hauskrankenpfleger den Patienten „Sorry, geht nicht“ sagen. Der Grund: Das Kontingent, zu dem Land und Gemeinde dazuzahlen, ist ausgeschöpft. „Wir sind heuer schon wieder an unseren Grenzen“, sagt Kapper-Weidinger vom Hilfswerk. Kommt ein neuer Pflegefall dazu, kann es passieren, dass Kunden, die bisher tägliche Hilfe erhalten haben, plötzlich mit zwei Besuchen pro Woche auskommen müssen. Auch bei der Volkshilfe übersteige die Nachfrage die Kontingente bei Weitem, sagt Schafarik. Sie beruhigt zwar: „Bei einem schweren Pflegebedarf finden wir immer eine Lösung.“ Es kommt aber immer wieder vor, dass die Volkshilfe in einer Region einmal drei Monate lang schlicht niemand Neuen mehr aufnehmen kann.

Alte Leute könnten sich die Hilfe auch oft nicht mehr leisten, weiß Annemarie Gigl, seit Kurzem pensionierte Rotkreuz-Fachfrau und nunmehr bei der Interessengemeinschaft pflegender Angehöriger. Prinzipiell zahlen für jede Betreuungsstunde Land, Gemeinde und Patient selbst grob je ein Drittel, der Patientenanteil ist sozial gestaffelt. Laut Gigl weigern sich manche Kommunen aber einfach, ihre Anteile zu berappen: „Nicht wenige Frauen haben aber nicht einmal das Mindesteinkommen, die kommen da wirklich an ihre Grenzen.“ Und einen Rechtsanspruch haben sie nicht. Pech für die Steirer: „Die Selbstbehalte sind in der Steiermark österreichweit am höchsten“, weiß Schafarik von der Volkshilfe.

Und da ist noch ein Problem: Es fehlt an Pflegerinnen und Pflegern. „Wir können oft Patienten nicht aufnehmen, weil wir das Personal nicht haben“, sagt Schafarik. „Alle Trägervereine würden sofort Krankenschwestern und Pflegehelfer aufnehmen“, es werden aber zu wenige ausgebildet. Viele wollen zudem nicht in die Hauskrankenpflege, erzählt Gigl: Weil die Stundenanzahl wegen der knappen öffentlichen Gelder ständig schwankt, weil der Beruf belastend ist. So müssen oft die Pfleger selbst vom einzelnen Patienten Einkommensnachweise

verlangen und dann festlegen, wie viel dieser dazuzahlen muss. „Da wird das Personal oft angepöbelt“, sagt Gigl. „Die Leute sagen: ‚Ihr geht’s eh so viel Spenden sammeln, und trotzdem müssen wir noch so viel zahlen?‘“ Manche alten Leute stünden mit der Stoppuhr neben den Heimhelfern und schauten ganz genau, ob sie wohl für ihr knappes Geld genug kriegen.

Aber nicht nur bei den mobilen Diensten hapert es, auch das betreute Wohnen ist in der Steiermark noch keine gute Alternative, weiß die Grünen-Klubobfrau Ingrid Lechner-Sonnek: „Wo solche Häuser gebaut werden, ist stark dem Zufall überlassen. Momentan gibt es Häuser, die irgendwo am Waldrand stehen, wo es keinen Arzt, keine Trafik in der Nähe gibt.“ Dabei würden betreute Wohnungen mitten ins Ortszentrum gehören, mit möglichst viel Infrastruktur rundherum. „Außerdem ist das Betreuungsangebot beim betreuten Wohnen oft mangelhaft und muss extra zugekauft werden“, so Lechner-Sonnek. Und die 24-Stunden-Pflege können sich die meisten Leute sowieso nicht leisten (siehe Kasten).

Resultat: Es bleibt oft gar nichts Anderes übrig als das Heim. „Dabei wäre eine Betreuung zu Hause prinzipiell in allen Pflegestufen möglich, vorausgesetzt, es gibt familiäre Unterstützung“, sagt Krankenschwester Kapper-Weidinger. Und der Kostenvergleich fällt eindeutig aus. Die Grüne Lechner-Sonnek rechnet vor, dass sich in den nächsten 15 Jahren in der Steiermark um die 50 Millionen Euro einsparen ließen, würde man die Menschen so weit als möglich mit Heimhilfe & Co anstatt im Heim versorgen.

Dass mobile Dienste ausgebaut gehören, ist prinzipiell längst unbestritten. Dennoch geht es mit dem Ausbau nur schleppend voran, während Pflegeheime nur so aus dem Boden schießen – private, gewinnorientierte Heimbetreiber gehen seit Jahren offensiv auf Werbetour. Und so binden die Heimplätze mittlerweile schon sehr viel Geld: Während das Land für die Pflegedienste im Vorjahr rund 16 Millionen Euro

Klaus Katzianka: „Die Leute, die mich anrufen, sind am Ende“

„Die richtigen Demonstranten haben immer Lederjacken an, oder?“ Bevor die Fotografen abdrücken, zieht Klaus Katzianka noch schnell seine Weste aus und die Lederjacke an. Seine Betreuerin, die Slowakin Maria G., hilft ihm in die Ärmel und macht den Reißverschluss zu. Sie stützt ihn, während er zum Mikrofon geht, um die Kundgebung zu eröffnen. „Jetzt ist Schluss mit dem Gesülze“, schallt es aus den Lautsprechern, „jetzt reden wir mit.“

Klaus Katzianka, 49, ist von Geburt an körperbehindert. Der Leobener leitet nicht nur eine Vermittlungsagentur für 24-Stunden-Betreuerinnen sowie eine Trafik, er ist auch ein unermüdlicher Aktivist in Sachen Pflege: 2007 initiierte er das Pflegevolksbegehren, vergangene Woche schlug er in Wien mit einer Pressekonferenz und in Graz mit einer Kundgebung Alarm.

Früher war Katzianka Musiker und Produzent, mit dem Song „Hand in Hand“ schaffte er es bis zu „Wetten dass“. Zum Aktivisten und Unternehmer ist er geworden, weil er selbst rund um die Uhr Hilfe braucht, beim Waschen, Anziehen, Essen. Zwei slowakische Betreuerinnen kümmern sich abwechselnd je zwei Wochen um ihn. Vor fünf Jahren zog er die Agentur

„Europflege“ auf, über die er Betreuerinnen aus der Slowakei vermittelt. „Die Leute, die anrufen, sind physisch, psychisch und finanziell am Ende.“ Die Kunden kommen aus ganz Österreich. Die Vorgabe an sie: „Unter 50 Euro am Tag kriegt ihr keine Pflegerin von mir.“ Es gebe nämlich Leute, die nur 30 Euro hinlegen wollen.

Jetzt ließ ihm das jüngste Sparpaket den Kragen platzen: Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) will den Zugang zu den Pflegestufen eins und zwei erschweren. Katzianka fordert nun, das Pflegegeld um 40 Prozent zu erhöhen und jährlich anzupassen. Derzeit könne sich nämlich nicht einmal ein Zehntel der Leute eine 24-Stunden-Betreuung leisten. „Zu Hause bleiben ist nicht nur das, was die Leute wollen, es kommt den Staat auch noch billiger“, sagt er. Außerdem müssten die Gehälter für alle Pfleger um ein Fünftel erhöht werden.

An einem Beispiel zeigt er, wie absurd es oft zugeht: An ihn wandte sich der Sohn einer 94-jährigen Frau, die eine 24-Stunden-Betreuung gebraucht hätte. Sie kratzte 1300 Euro monatlich zusammen, 1500 Euro kostet eine Betreuung zu Hause mindestens. Doch die fehlenden 200 Euro waren nirgends aufzutreiben, und so wurde



„Wir sind heuer schon wieder an unseren Grenzen“ Elisabeth Kapper-Weidinger



„Das Angebot der Hauskrankenpflege ist auf dem Stand von vor zwanzig Jahren“ Renate Skledar

ausgab, verschlangen die Heime 108 Millionen – bei jeweils etwa 13.000 Betreuten. Dass sich dies so schwer ändern lässt, liegt auch an absurden Finanzierungsregeln.

So zahlen die Gemeinden pro Einwohner einen fixen Betrag in den Sozialhilfepotopf, aus dem wiederum die Zuschüsse für die Pflegeheime genommen werden. Die Kommunen können diesen Betrag nicht beeinflussen – auch wenn kein einziger Bewohner des Ortes in einem Heim wäre, wäre gleich viel zu berappen. Für jede Hauskrankenpflege-Stunde soll die Gemeinde aber extra zahlen. Die einzelne Gemeinde fährt also billiger, wenn alle Betreuungsbedürftigen im Heim sind – obwohl das die öffentliche Hand in Summe ein Vielfaches kostet. Dementsprechend sind manche Gemeinden schnell für eine Heimeinweisung zu haben, weiß eine Insiderin. Noch dazu, wenn es im Ort ein Pflegeheim gibt, das gefüllt werden will, noch dazu, wenn die Gemeinde selbst ein finanzielles Risiko trägt – und das ist oft der Fall.

„Die Finanzierung gehört weg von den Gemeinden“ – nur so kämen die Patienten vom Gefühl des „Gnadenakts“ weg, fordert Annemarie Gigl vom Roten Kreuz. Generell plädieren Experten seit Jahren dafür, endlich eine Pflegeversicherung einzuführen. „Wenn jemand pflegebedürftig ist, schwebt immer gleich das Damoklesschwert der Armut über ihm“, sagt Pflegeombudsfrau Skledar. Der Regress sei keine adäquate Antwort. „Wir brauchen endlich eine Absicherung, wie wir sie auch für den Krankheitsfall haben.“

Die zuständige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder ist sich der Problematik durchaus bewusst. Sie verspricht, mehr Geld für alternative Pflegeformen in die Hand zu nehmen: „Hauskrankenpflege, Kurzzeitpflege, Tagesbetreuung.“ Auch dem Wildwuchs an Pflegeheimen will sie nicht länger zuschauen: „Zu den neuen Plänen habe ich vorläufig einmal ‚Stopp‘ gesagt.“ In den vierzehn Tagen seit ihrer Angolobung sind ihr bereits fünf Ansuchen für neue Heime auf den Tisch geflattert. ▽



„Die Politiker werden nur dann sensibel, wenn sie selbst eine Pflegerin brauchen“ Klaus Katzianka, Pflegelobbyist und Betreiber der Agentur „Europflege“

ein Heimplatz für sie gefunden – 40 Kilometer entfernt, Kosten: 3300 Euro. Laut Katzianka ließen sich pro Person, die per Rund-um-die-Uhr-Betreuung anstatt im Heim versorgt wird, 18.000 Euro im Jahr einsparen. „Wenn diese Zahlen nicht überzeugen, was dann?“

„Die Politiker werden nur dann sensibel, wenn sie selbst eine Pflegerin brauchen“, ist seine Erfahrung. Er habe schon mehreren Nationalratsabgeordneten Betreuerinnen vermittelt. Sozialminister Hundstorfer habe zuletzt nur erklärt: „Über Pflege wird nicht mehr gesprochen.“

Katzianka will weiter lästig bleiben. Dass er mobilisieren kann, hat er schon bewiesen. Sein Volksbegehren, mit dem er ein legales und leistbares 24-Stunden-Pflegemodell forderte, scheiterte zwar, gut 6000 der geforderten 8000 Unterstützungserklärungen bekam er aber zusammen. Und er schafft es immer wieder in die Medien – bis in die ZiB2. „Ich transportiere etwas sehr Schweres“, sagt er, „darum melde ich mich auch nur zwei, drei Mal im Jahr. Du darfst die Leute nicht überrollen mit der Tragik.“ Seine Pressekonferenz schließt er mit dem Satz: „Ein Glück, dass ich nicht behindert bin.“ **GP**